

FREIBERUFLER-TICKER vom 18. Juni 2021

1. Neue IAB-Studie zur Nutzung von Home-Office in der Corona-Krise vorgestellt

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung am 14. Juni 2021 [mitteilte](#), stieg zwischen August 2020 und Februar 2021 die Zahl der Beschäftigten, die Home-Office nutzen von 25 auf 36 Prozent an. Zudem lag die Anzahl der Beschäftigten, die im Februar 2021 im Homeoffice arbeiteten, mehr als doppelt so hoch wie vor der Pandemie. Trotz der Corona-Krise und auch bei geeigneter Tätigkeit und gegebenen technischen Voraussetzungen, wechseln viele Beschäftigte nicht ins Homeoffice. Der Hintergrund lag in den Vorbehalten auf Seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Überdies nahmen zwischen August 2020 und Februar 2021 die Vorbehalte aufseiten der Arbeitgeber stark ab, während sich die persönlichen Vorbehalte der Arbeitnehmer in geringerem Maße änderten.

2. Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Corona-Krise

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Ende vergangener Woche [mitteilte](#), ging die Zahl der Beschäftigten sowie der offenen Stellen im Helfer- und Fachkräftebereich, im Pandemiejahr 2020 deutlich zurück. Gleichwohl erwies sich die Nachfrage nach Arbeitskräften, deren gesuchte Qualifikation den beruflichen Anforderungsniveaus „Spezialist“ oder „Experte“ entspricht, demgegenüber bislang als relativ robust. Dies deutet darauf hin, dass Unternehmen verstärkt versuchen, diese Beschäftigtengruppe, die einen Hochschulabschluss oder Meister/Technikerausbildung aufweist, im Unternehmen zu halten. Der Hintergrund liegt in den hohen Kosten, die die Einstellung von gut qualifizierten und am Markt teils sehr stark gefragten Arbeitskräften mit sich bringt. Um diesen Aufwand zu reduzieren, gehen immer mehr Unternehmen dazu über, gut qualifizierte Arbeitskräfte auch in Krisenzeiten zu horten. Daher empfehlen die IAB-Wissenschaftler an die Politik und Wirtschaft, die Investitionen in Aus- und Weiterbildung aufrechtzuerhalten und sogar zu erhöhen, weil die passende Qualifikation dazu beiträgt, längere Phasen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zur Einordnung setzen Helfertätigkeiten keine oder nur eine maximal einjährige Ausbildung voraus, während für die Tätigkeiten von Fachkräften eine Berufsausbildung benötigt wird.

3. Pakt für den Rechtsstaat

Ende vergangener Woche erörterten Bund und Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz den [Bericht](#) zur Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat und zogen eine positive Bilanz. Festgestellt wurde, von 2017 bis 2021 seien weit mehr Stellen in der Justiz aufgebaut, als im Pakt vorgegeben, was spürbare Wirkungen entfalte, so die Einschätzung. Die Länder würden im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich rund 2.700 Stellen neu schaffen und circa 2.500 Stellen neu besetzen. Weiter seien die Beschleunigung und Vereinfachung von Gerichtsverfahren durch Änderungen der Prozessordnungen vorangebracht worden. Zugleich erfolge eine weitere Verstärkung des Opferschutzes durch den erfolgreichen Aufbau zentraler Strukturen und die Vertiefung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

4. Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts

Ende vergangener Woche beschloss der Deutsche Bundestag auf Initiative der Bundesregierung das vielfach diskutierte [Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts](#). Das Gesetz sieht Anpassungen im Recht der Nachrichtendienste zur Aufklärung schwerer Bedrohungen für den Rechtsstaat und die freiheitliche Grundordnung vor. Die Änderungen regeln unter anderem, dass alle deutschen Geheimdienste die Kommunikation über WhatsApp und andere

verschlüsselte Messenger-Dienste künftig mitlesen dürfen, sofern eine Anordnung im Einzelfall erteilt wird. Geregelt wird dies im Verfassungsschutzrecht, aber auch in den ebenfalls verabschiedeten Reformen der Strafprozessordnung und des Bundespolizeigesetzes.

5. Bericht zur Hightech-Strategie 2025 beschlossen

Das Bundeskabinett beschloss in seiner Sitzung am 16. Juni 2021 den [Bericht](#) zur Hightech-Strategie 2025 (HTS 2025). Dieser bescheinigt dem deutschen Forschungs- und Wissenschaftssystem Stärke gerade in der Corona-Pandemie. In diesem Jahr legt der Bericht zur Hightech-Strategie einen Schwerpunkt auf die Rolle von Forschung und Innovation bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Überdies wurden 2020 3,18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Innovation investiert. Die im September 2018 vom Bundeskabinett beschlossene HTS 2025 zielt auf eine Stärkung der Zukunftskompetenzen Deutschlands. Sie umfasst Themen wie beispielsweise „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“. Die HTS 2025 bündelt Forschung und Innovationen mit dem Ziel, Wohlstand, eine nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität in Deutschland zu mehren.